



Ab 2020 gelten in Österreich für Airbnb & Co. neue Regeln
JÜRGEN FUCHS, APA

Das Gewicht, das Airbnb mittlerweile im globalen Tourismus einnimmt, verdeutlichen indes einmal mehr die jüngsten Bilanzzahlen. Im zweiten Quartal konnte erstmals die Marke von einer Milliarde Dollar (900 Millionen Euro) Umsatz geknackt werden. Insgesamt werden über Airbnb mehr als sieben Millionen Wohnungen und Häuser in mehr als 100.000 Städten weltweit angeboten, pro Nacht nutzen zwei Millionen Menschen eine via Airbnb vermittelte Unterkunft.

„Wir können eines Tages so groß sein wie Amazon oder Google“, lautete Ende des Vorjahres die selbstbewusste Prognose von Co-Gründer Nathan Blecharczyk. Als Turbo soll der Börsengang dienen, das Unternehmen aus San Francisco bestätigt konkrete Pläne für 2020.

Auch in Österreich ist die Vermietungsplattform auf dem Vormarsch. 2018 legte die Zahl der Gäste im Vergleich zu 2017 um 40 Prozent auf 1,1 Millionen zu.

WIEN, BRÜSSEL

Veto gegen Mercosur-Pakt wohl erst Mitte 2020

Warum sich Österreich so kurz vor der Wahl auf ein Nein zum Freihandel mit Ländern Südamerikas einigte.

In überraschender Einigkeit haben SPÖ, FPÖ und auch die ÖVP das EU-Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern (vorerst) zu Fall gebracht. Österreichs Nein blockiert die nötige Einstimmigkeit im EU-Rat und erntete viel internationales Echo. Denn auch wenn Mercosur umstritten ist und Frankreich, Irland und Luxemburg ebenfalls Kritik üben, positionierte sich bis jetzt kein Land so klar wie Österreich. Das ist auch dem Wahlkampf geschuldet. Das Thema Freihandel ist emotional aufgeladen, wie schon TTIP und CETA zeigten.

Die Abgeordneten wollen „keinen Kniefall vor den Interessen der Industrie“ (FPÖ), haben Bedenken wegen des Konsumenten-, Umwelt- und Tierschutzes und der Menschenrechte (SPÖ), stellen den Schutz der heimischen Landwirtschaft und der Regenwälder (ÖVP) voran. Nur die Neos sind für Mercosur: Der Pakt mache Klimaschutz auch für Südamerika verbindlich. Mit den Neos wirft die Industrie den Gegnern „populistische Panikmache“ vor.

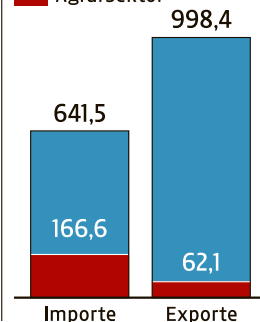
In Brüssel erregte das österreichische Votum großes Aufsehen. Gestern meldete sich der deutsche EU-Abgeordnete Bernd Lange (S&D) zu Wort, der Vorsitzender des Handelsausschusses ist. Lange zeigt Verständnis: „Im Zweifel ist der Regenwald wichtiger als ein Handelsabkommen.“ Ein Abkommen ohne zuverlässigen Schutz von Klima und Umwelt sollte keine Chance haben. Allerdings: „Besser, als Mercosur jetzt schon abzulehnen, ist es, Druck zu machen und die Durchsetzung der Regeln zu fordern.“

Außenhandel mit Mercosur-Staaten

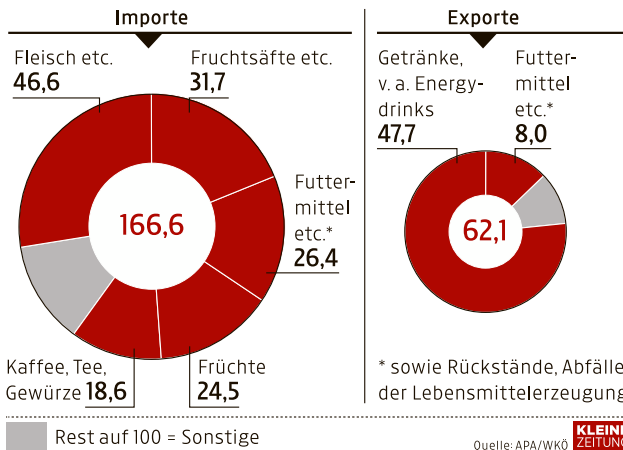
Mercosur-Staaten



2018 in Mio. Euro, davon Agrarsektor



Agrarischer Außenhandel 2018, in Mio. Euro



Wenn, so lange, die Chance besteht, durch klare Positionen die Haltung der brasilianischen Regierung zu ändern, sollte diese auch genutzt werden. Keinen Kommentar gab die EU-Kommission ab, verwies jedoch darauf, dass der Ratifizierungsprozess noch nicht begonnen hat. Das Abkommen wird gerade ausformuliert. Zu einer Abstimmung im EU-Rat, wo Österreich ein Veto einlegen kann, kommt es aus heutiger Sicht erst Mitte

2020 – bis dahin ist nicht nur ein neuer Nationalrat gewählt, sondern auch eine neue Regierung im Amt. Wie bindend das Abstimmungsergebnis dann ist, sei aus rechtlicher Sicht strittig, so Werner Zögernitz, Leiter des Institutes für Parlamentarismus und Demokratiefragen. Politisch wäre aber auch ein künftiger Minister gut beraten, den Beschluss umzusetzen.

Hannes Gaisch-Faustmann,
Andreas Lieb, Brüssel